



München, 03.10.2021

Gefahr von Altersarmut in Bayern: SPD fordert Mindestlohn von zwölf Euro und mehr Angebote für Kinderbetreuung

Vorsitzende des Sozialausschusses Doris Rauscher: Insbesondere Frauen sind von Altersarmut betroffen - Höherer Mindestlohn würde Niedriglohnssektor auf einen Schlag austrocknen

In Bayern sind Menschen gefährdeter, im Alter arm zu sein, als in anderen Bundesländern - das zeigt eine aktuelle [Datenerhebung](#). Demnach sind mehr als ein Fünftel der Über-65-Jährigen im Freistaat von Armut bedroht. Die Vorsitzende des Sozialausschusses im Bayerischen Landtag **Doris Rauscher (SPD)** sieht diese Tendenz mit Besorgnis. Um ihr in Zukunft entgegen zu wirken, seien ein höherer Mindestlohn und ein Ausbau der Kinderbetreuung wichtig. "Insbesondere Frauen sind von Altersarmut betroffen", so Rauscher. "Die CSU-Staatsregierung hat jahrzehntelang den Ausbau der Kinderbetreuung vernachlässigt und als Teufelszeug deklariert. Frauen konnten häufig nicht lohnarbeiten und waren von ihren Ehemännern abhängig. Altersarmut kann dann eine direkte Folge sein - die CSU trägt die Verantwortung für die Situation der Frauen, die jetzt im Alter in Armut leben. In den letzten Jahren ist in der Kinderbetreuung viel passiert, aber es gibt nach wie vor zu wenig Krippenplätze sowie Hortplätze für Kinder im Grundschulalter."

Für die Zukunft sei es entscheidend, den Niedriglohnssektor auszutrocknen - mit einem Mindestlohn von zwölf Euro. "Eine Million Menschen in Bayern würden direkt davon profitieren. 40 Prozent der erwerbstätigen Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern in Bayern sind im Niedriglohnssektor beschäftigt und stehen schon qua ihrer Familiensituation mit einem Bein im Armutsrisiko. Für sie wäre ein höherer Lohn ein Schutz gegen Altersarmut."